allrenten. Besonders hart gehe man bei nachträglicher Herabsetzung bewilligter Unfallrenten vor. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Im Reichstage haben die Mitglieder des Centrums Dr. Guido Mentz, Baumann und v. Grand-Ry mit Unterstützung von 18 Fraktionsgenossen folgende Interpellation eingebracht: „Die Unterzeichneten erlauben sich an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage zu richten: Wie weit sind die Erwägungen und Prüfungen der verbündeten Regierungen über die Beschwerden gegen das Weingesetz vom 20. April 1892 gediehen? Bis wann ist die Vorlage einer Novelle zu dem genannten Gesetze zu erwarten?"

Berlin. Am 24. d. M. findet in Dresden die Vermählung der jungen Komtesse Lucy von Radolin, der Tochter des deutschen Botschafters zu St. Petersburg, mit dem Legationsrath und bayerischen Kammerherrn Grafen Mon statt. Von der Feier des Hochzeitsfestes in St. Petersburg mußte Abstand genommen werden, weil die betagte Mutter des Bräutigams leidend ist und die große Anstrengung der Reise doch nicht hätte vertragen können. Da zudem die Fürstin Radolin geb. Gräfin Oppersdorf schon seit einiger Zeit zur Durchführung einer Massagekur mit ihrer Tochter in Dresden weilt, wurde diese Stadt zur Hochzeitsfeier gewählt, der am 22. d. M. eine kleine Soiree mit verschiedenen Polterabend-Ueberraschungen vorausgehen soll. Fürst Radolin hat sich bereits nach Dresden begeben und wird voraussichtlich Mitte nächster Woche auf seinen Posten nach Petersburg zurückkehren. — Der Bundesrath hat heute der Vorlage, betr. die Erneuerung des Reichsbank-Privilegiums, nach den Vorschlägen der Ausschüsse zugestimmt. Die dem Bundesrathe vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung nimmt zuerst eine Kontrole der Gesindevermiether und Stellenvermittler in Aussicht. Der Betrieb dieses Gewerbes soll von besonderer polizeilicher Konzession abhängig gemacht werden. Ferner schlägt die Novelle neue Bestimmungen vor über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln, sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiter und jugendliche Arbeiterinnen, namentlich im Konfektionsbetriebe. Sodann werden eingehende Vorschriften vorgeschlagen über die Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Läden. Schließlich enthält die Novelle eine Ergänzung von Bestimmungen über das Verfahren bei Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen und Erweiterung der Zahl der vom Gewerbebetriebe im Umherziehen ausgeschlossenen Gegenstände. — Ueber den Fall Grünenthal machte der Staatssekretär v. Podbielski folgende Mittheilung: Es handle sich um zwei betrügerische Vorgänge. Im Ganzen habe sich Grünenthal 489,300 Mark angeeignet, 44,000 Mark seien auf dem Kirchhofe gefunden worden, also handle es sich noch um 445,300 Mark. Aus dem Vermögen Grünenthal's hätten sich 282,000 Mark baar, sowie an Schmucksachen u. dergl. 18,000 Mark, im Ganzen also etwa 300,000 Mark ergeben. Es blieben also noch 145,300 Mark zu decken, wofür die Reichsdruckerei aufkomme. Eine pflichtwidrige Handlungsweise anderer Beamten der Reichsdruckerei sei nicht nachgewiesen; es sei aber die strengste Kontrole eingeführt und Fälle a la Grünenthal seien für die Zukunft ausgeschlossen. Ferner wurden die Forderungen für das Gouvernement Kiautschou genehmigt. In der Debatte wurde mitgetheilt, daß sich die ersten Firmen Ostasiens in der Kolonie angekauft haben. Nach Ansicht von kompetenter Seite dürfte nach Einführung der erforderlichen hygieinischen Anlagen Kiautschou der gesundeste Ort der ganzen chinesischen Küste werden. Von Leprafällen sei absolut nichts bekannt geworden. Dem Staatssekretär Tirpitz sind günstige Nachrichten über Kohlenfunde in Kiautschou zugegangen. Der Staatssekretär hofft, im nächsten Jahre einen richtigen Etat für Kiautschou vorlegen zu können. Morgen steht der Etat des Reichseisenbahnamts zur Berathung, auf welchem unmittelbar der Militäretat folgen soll.

Kalau. Heute Vormittag wurden in der elektrotechnischen Fabrik von Schneeweiß und Engel durch Explosion eines mit Luft und Wasser gefüllten Kessels der Ingenieur Luedde aus Braunschweig und ein Arbeiter getödtet.

Wien. Abgeordnetenhaus. Unter dem eingegangenen Material befindet sich ein Dringlichkeitsantrag Hofmann v. Wellenhof, Kaiser und Genossen auf Versetzung des Unterrichtsministers in den Anklagezustand wegen Ernennung des Direktors des czechischen Staatsgymnasiums in Troppau. Ferner ein Antrag Schönerer auf Versetzung des Gesammt-Ministeriums in den Anklagezustand wegen der letzten kaiserlichen Verordnung auf Grund des Paragraphen 14, endlich eine czechische Interpellation wegen des Vorfalles Biberle-Linhart, wobei die Interpellanten behaupten, daß deutsche Couleurstudenten in nicht vereinzelten Fällen mit Revolver bewaffnet in den Straßen Prags herumgehen und ruhige Passanten angreifen. Vor Schluß der Sitzung wiederholte der Sozialdemokrat Riger den Antrag, daß der Preßausschuß über die Aufhebung des Zeitungsstempels binnen 48 Stunden zu berichten habe und dieser Bericht als erster Gegenstand auf die Tagesordnung zur nächsten Sitzung gelange. Darüber entspann sich eine lange lebhafte Debatte. Abg. Kaiser betonte, so dringend auch die Aufhebung des Zeitungsstempels sei, müsse dieselbe vor den nationalen Forderungen der Deutschen zurücktreten, und beantragt, daß der Bericht des Preßausschusses nach den „Ministeranklagen" auf die Tagesordnung komme. Abg. Schönerer beantragt die nächste Sitzung morgen mit der Tagesordnung: Ministeranklage abzuhalten. Sämmtliche Tagesordnungsanträge wurden abgelehnt. Nächste Sitzung Dienstag mit der Tagesordnung „Fortsetzung der heutigen Tagesordnung".

Wien. Die deutsche Fortschrittspartei und der verfassungstreue Großgrundbesitz stimmten einhellig den Beschlüssen der Obmänner der Linken auf gemeinsame Feststellung und Vertretung der Forderungen der Deutschen zu. Die Deputation der Berliner Offiziere des Kaiser Franz-Joseph-Grenadier-Regiments mit dem Obersten Schwarzkoppen an der Spitze besuchte gestern Abend die Vorstellung im neuen Wiener Kolosseum, woselbst sie mit dem „Heil Dir im Siegerkranz" empfangen wurden, nach dessen Schluß das zahlreiche elegante Publikum in stürmische Hochrufe ausbrach. Diese Kundgebung macht großes Aufsehen.

Paris. Der „Soleil" läßt sich aus Petersburg melden, der Czar werde Ende Februar nach Wien reisen und dann nach Mailand kommen, wo eine Begegnung mit dem König Humbert stattfinde. Sodann werde der Czar mehrere Tage an der französischen Küste zubringen und daselbst eine Begegnung mit dem Präsidenten Faure haben. Die Königin-Regentin von Spanien soll den Wunsch geäußert haben, den Czaren in Barcelona zu begrüßen. Endlich soll Kaiser Wilhelm während der Anwesenheit des Czaren in Nizza diesem einen Besuch abstatten, was damit motivirt wird, daß zu dieser Zeit die Kaiserin Friedrich dort sei.

London. Nach einem Telegramm aus Auckland ernannte der Oberrichter von Samoa den Häuptling Malietoa zum erwählten König und Tamasese zum Vicekönig. Mataafa wurde gemäß dem Berliner Vertrag disqualifizirt. Der britische, deutsche und amerikanische Konsul, sowie die Kapitäne vom britischen Kreuzer „Porpoise" und dem deutschen Kreuzer „Falke" hielten eine Konferenz ab. Der deutsche Konsul verweigerte die Anerkennung Malietoa's, und seine Beihilfe zur Besteuerung der Samoaner. Die Einwohner versammelten sich bei Mulinu und umzingelten die Stadt. Malietoa und Tamasese hatten 200 gut bewaffnete, aber nur mangelhaft mit Munition versehene Krieger um sich. Die Kämpfe begannen am 1. Januar. Malietoa und Tamasese kämpften tapfer, doch wurden 500 Mann ihrer Truppen gefangen genommen, der Rest zerstreute sich. Malietoa und Tamasese flohen auf den britischen Kreuzer, welcher ihre Anhänger mit Kanonen schützte. Malietoa verlor 12 Todte, Mataafa 61 Todte. Die Ausländer stellten sich unter den Schutz einer Abtheilung des englischen Kreuzers. Der Oberrichter mit Familie begab sich ebenfalls auf denselben. Mataafa's Leute plünderten und brannten eine Anzahl Häuser in Apia nieder und zerstörten außerdem eine Anzahl Ansiedelungen. Die Konsuln beschlossen, Mataafa als Haupt der provisorischen Regierung anzuerkennen, bis Instruktionen von den Regierungen eingetroffen sind. Der Präsident des Staatsraths Dr. Kaapfel und der deutsche Konsul beschlossen, den obersten Gerichtshof und dessen Befugnisse als auf sie übertragen zu erklären. Der britische und der amerikanische Konsul appellirten an den Kapitän des englischen Kreuzers, welcher eine Anzahl Matrosen landete und den Oberrichter beim Wiedereinnehmen seines Sitzes im Gerichtshof beschützte. Mataafa hielt sich fern. Die Aufregung dauert fort.

Warschau. In der Gouvernementshauptstadt Shitomir hat in der Drogerie von Willens eine furchtbare Benzin-Explosion stattgefunden. Das Gebäude wurde fast gänzlich zertrümmert. Vier Angestellte des Geschäfts, ein Brandmeister und vier Feuerwehrleute blieben todt, der Polizeimeister und zwei Polizeikommissare erlitten Brandwunden.

Massaua. Die Nachricht, daß ein Friedensvertrag zwischen Ras Makonnen und Ras Mangascha abgeschlossen worden ist, wird bestätigt. Die einzelnen Bedingungen des Vertrags sind noch unbekannt, doch scheint es sicher zu sein, daß die Herrschaft über Tigre auf Ras Makonnen übergehen wird.

Die **Berliner Börse** verkehrte heute im Gegensatz zur gestrigen in ausgesprochen fester Haltung, die wieder vom Montanaktienmarkte ausging. Auch heute machte sich große Kauflust in Hüttenwerthen geltend, so daß die leitenden Werthe prozentweise anzogen. Kohlenwerthe daraufhin ebenfalls fest. Bevorzugt waren Bochumer und Laurahütte. Als stimulirend wurde namentlich hervorgehoben, daß neue Bestellungen auf Lokomotiven vorliegen, die bis in das Jahr 1900 hineinreichen. Im weiteren Verlaufe war die Haltung etwas abgeschwächt, doch blieben die meisten Kurse immer noch hinter dem gestrigen Niveau zurück. Der Bankaktienmarkt lag relativ still, nur Deutsche Bank lebhafter umgesetzt, Kommanditantheile, Kreditaktien und Dresdner Bank gut behauptet. Von Eisenbahnen waren Ostpreußen höher, die übrigen heimischen Werthe behauptet; von fremden Bahnen österreichische anziehend Schweizerbahnen sehr matt auf die Nachricht, daß das Bundesgericht sich in der Vertagatlichungsfrage nicht als zuständig erachte. Montanwerthe, wie bereits angedeutet, fest. Renten gut behauptet, namentlich Portugiesen, Mexikaner, Türken und neue Russen. Heimische Fonds unverändert. Privatdiskont 4⅛ Prozent. — Am Markte für Loco-Spiritus trat heute auf Käufe für auswärtige Rechnung eine feste Haltung ein. 70er 30,90 oder 50 Pfg. höher, 50er 49,20 Mark, oder 20 Pfg. höher gegen vorgestern. Termine in Deckungen begehrt und etwa 30 Pfg. höher. Der Getreide-Markt lag trotz günstiger Erntenachrichten aus Argentinien fest, namentlich wurden die Berichte aus Nordamerika, sowie die Kauflust seitens der Provinz, beachtet. Nach privaten Ermittelungen wurden bezahlt für Weizen 160,50, Roggen 147,50 bis 147,25 Mark, Hafer schwächer. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 167, Roggen 149, Hafer 146 Mark; Stettin-Stadt: Weizen 160, Roggen 144,50, Hafer 135 Mark. — Wetter: aufklärend; Süd-Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 226,00 Diskonto 199,60. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 30,40. Laurahütte 218,25. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 24,20. Fest.

Paris. (5 Uhr Nachmittags.) Rente 101,95. Italiener 93,45. Spanier 48,60. Portugiesen 24,00. Türken 23,00. Türkenlose 109,70. Ottomanbank 548,00. Staatsbahn 771,00. Lombarden 167,00. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Januar 21,00, per März-Juni 21,65, ruhig. Mehl per Januar 44,75, per März-August 44,50, behauptet. Spiritus per Januar 48,75, per Mai-August 50,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März 178, per Mai 179, Roggen per März 114, per Mai 118.

Oertliches und Sächsisches.

— Bei Ihren Majestäten dem König und der Königin fand gestern Nachmittag in der Villa Strehlen Familientafel mit Dienst statt.

— Von der Königl. Familie nahmen vorgestern Abend an dem Kammerball im Residenzschloß bei Ihren Majestäten dem König und der Königin Theil: Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg, Prinz und Prinzeß Johann Georg und Prinz Albert. In der vornehmen Gesellschaft befanden sich weiter: vom Corps diplomatique die Herren Gesandten Graf Dönhoff, Frhr. v. Nickhammer, Baron Wrangel, Letzterer mit Gemahlin, und Minister-Resident Sir Condie Stephen, ferner die Herren Staatsminister Dr. Schurig, v. Metzsch, v. d. Planitz, v. Seydewitz und v. Watzdorf nebst Gemahlinnen, die Damen und Herren der Königl. und der Prinzl. Hof- und Militärstaaten, Generale und Offiziere der hiesigen und der auswärtigen Garnisonen mit ihren Damen, und eine große Anzahl Damen und Herren der fremden und einheimischen Aristokratie. Die Versammlung der Gäste fand von ½9 Uhr ab im rothen Salon, im Stucksaal und im großen Ballsaal statt. Der letztere war zu beiden Seiten der Eingänge mit kostbaren Teppichen belegt, sowie mit kleinen Etablissements von Prunkmöbeln und prächtigen Blumen- und Pflanzengruppen dekorirt und in seinem mittleren Theile für den Tanz hergerichtet worden. Ihre Königl. Majestäten erschienen mit den durchlauchtigsten Prinzlichen Herrschaften nach ½9 Uhr in der Gesellschaft und hielten zunächst im rothen Saal Cercle. Kurz nach 9 Uhr erfolgte der Eintritt der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften in den Ballsaal, worauf der Tanz durch den Vortänzer Leutnant v. Schönberg-Rothschönberg vom Königl. Gardereiter-Regiment eröffnet wurde. Se. Majestät der König hatte die Uniform seines Leib-Grenadier-Regiments Nr. 100, Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg diejenige seines 1. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 12 angelegt. Im Verlaufe des Festes bewegten sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften auf's Leutseligste unter den Gästen und geruhten einen großen Theil derselben in gnädigster Weise anzusprechen. Von 11 bis 12 Uhr trat eine Tanzpause ein, während welcher im Echparadesaale und im Bankettsaale an kleinen Tafeln soupirt wurde. Nach dem Souper wurde der Tanz, zu dem die Kapelle des Gardereiter-Regiments spielte, wieder aufgenommen und bis 1 Uhr fortgesetzt. Die Königlichen Majestäten und die Prinzlichen Herrschaften zogen sich dann bald zurück. Die Gäste verweilten noch einige Zeit an den in den Speisesälen errichteten Konditoreibuffets. Se. Majestät der König begab sich noch nach Strehlen zurück, während Ihre Majestät die Königin im Residenzschlosse übernachtete.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Georg zeichnete den Kunstsalon von Emil Richter, Pragerstraße, mit seinem Besuch aus.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August gedachte in der vergangenen Nacht 1 Uhr 18 Minuten aus Pückeburg hier wieder einzutreffen, während die Frau Prinzessin Friedrich August, Kaiserl. Königl. Hoheit, noch ein paar Tage daselbst Aufenthalt nimmt.

— Se. Durchlaucht Fürst Radolin, Kaiserl. Russ. Botschafter in St. Petersburg, traf hier ein und nahm im Hotel du Nord Wohnung.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Kammerherr Adolf v. Lüttichau die von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich ihm verliehene Kaiserl. Königl. österreichische Jubiläums-Erinnerungsmedaille annehme und trage.

— Mit Allerhöchster Genehmigung hat die auf die Zeit vom 1. März 1899 bis dahin 1900 erfolgte Wiederwahl des Professors Dr. v. Meyer in Dresden zum Rektor der Technischen Hochschule daselbst die erforderliche Bestätigung erhalten.

— Die Wahl des ersten Bürgermeisters von Dresden an Stelle Dr. Nato's findet voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums statt. In die engere Wahl kommen der jetzige zweite Bürgermeister von Dresden, Herr Leupold, und die Oberbürgermeister von Zwickau und Eisenach, Herren Bauer und Müller. Die Berichterstattung über die Bürgermeisterwahl hat Herr Baumeister Hartwig.

— Die Herren Rathsmitglieder, unter ihnen Oberbürgermeister Geh. Finanzrath Beutler und Bürgermeister Leupold, besichtigten gestern Nachmittag mit Interesse den Neubau und die Neueinrichtungen des Bankhauses Günther und Rudolph.

— Für den 45. ländlichen Landtags-Wahlkreis, zu dem die Ortschaften der Amtsgerichtsbezirke Oelsnitz (einschließlich des früheren Amtsgerichtsbezirks Schöneck), Adorf und Markneukirchen gehören, ist der Rittergutsbesitzer Bunde auf Erlbach als konservativer Kandidat in Aussicht genommen.

— Von den Handels- und Gewerbe-Kammern des Königreichs Sachsen ist folgende Eingabe an das Reichs-Postamt, betr. die Einführung einer Gebühren-Zwischenstufe für Ferngespräche auf mittlere Entfernungen, eingereicht worden: Von allen Betheiligten ist die 1897 eingeführte Ermäßigung der Gesprächs-Gebühren von 1 Mk. und von 50 Pfg. auf 25 Pfg. für Entfernungen bis zu 50 Kilometer mit großem Danke anerkannt worden. Die Gebühr von 1 Mk. für Gespräche auf Entfernungen von über 50 Kilometer wird aber namentlich für mittlere Entfernungen als zu hoch empfunden. Ein derartiger Sprung auf das Vierfache von einer Gebühr zur nächst höheren dürfte sich sonst im Verkehrswesen kaum irgendwo finden, am wenigsten, wenn, wie beim Ferngespräch, die Beförderung auf größere Entfernungen keine nennenswerthe Mehrarbeit oder laufende Mehrkosten verursacht. Die Beförderung eines 5 Klgr.-Post-Packets kostet auf die größte Entfernung in Deutschland auch nur das Doppelte, wie auf die kleinste, obwohl dabei nicht nur die Arbeit, sondern auch die laufenden Beförderungskosten erheblich wachsen. Wie unnatürlich der große Sprung zwischen den Gebühren jetzt ist, geht auch daraus hervor, daß jetzt, umgekehrt wie sonst im Verkehrswesen, der gebrochene Verkehr auf Entfernungen von über 50 bis nahe an 100 Klm. billiger ist, als der direkte. Denn während z. B. ein Gespräch von Dresden nach Chemnitz 1 M. kostet, würde es nur 3×25 = 75 Pfg. kosten, wenn der Dresdner einen befreundeten Freiberger zur Vermittelung anruft, der Freiberger die Mittheilungen an den Chemnitzer weitergiebt und dessen Antwort dem Dresdner wieder übermittelt. Besonders werden die Städte, die ein wenig mehr als 50 Klm. von einer Großstadt entfernt sind, gegenüber den Städten benachtheiligt, die zufälligerweise gerade noch im Gebiet der Grenzzone liegen. Die nach alledem ebenso nothwendige wie natürliche mittlere Gebühr wird auf 50 Pfg. festzusetzen sein, weil dann die dritte Stufe (auf große Entfernungen mit 1 Mk.) ebenso das Doppelte der zweiten wie letztere das Doppelte der ersten ausmachen würde. Denn wenn man um jede deutsche Großstadt einen Umkreis von 150 Klm. zieht, so fällt fast jeder deutsche Ort in mindestens einen dieser Kreise. Fragt man nun, welche Gründe etwa der gewünschten Ermäßigung der Fernsprechgebühr für mittlere Entfernungen entgegenstehen könnten, so kann ein solcher Grund zunächst die Gefahr verminderter Einnahmen nicht sein. Denn auch diese Ermäßigung würde, wie nachweislich ähnliche, eine solche Vermehrung des Verkehrs zur Folge haben, daß dadurch der Gebührenausfall bei dem einzelnen Gespräche sehr bald weit mehr als ausgeglichen werden würde. (Ermäßigung der Telegrammwortgebühr auf 5 Pfg. im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich, Herabsetzung des Satzes für Stadt-Fernsprecheinrichtungen. Die Herabsetzung des letzten Satzes um 25 Proz. hat eine Verkehrssteigerung um 118 Proz. zur Folge gehabt.) Auch die Sorge vor einer Einbuße an Telegrammgebühren kann kein Hinderniß für die erbetene Ermäßigung der Fernsprechgebühren sein, da die Vermehrung des Fernsprechverkehrs die Telegramm-Einnahmen keineswegs geschädigt hat, denn die Telegramm-Einnahmen sind zugleich mit den Telephon-Einnahmen von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Widerstand der Reichspostverwaltung gegen eine baldige Ermäßigung der beantragten Art gründete sich bisher darauf, daß der in Folge der erwähnten 1897er Ermäßigung im Nahverkehr außerordentlich gestiegene Verkehr sehr große Anforderungen an die Vermehrung der Leitungen stellte, sodaß die verfügbaren Kräfte und Mittel zunächst hierdurch in Anspruch genommen seien und eine neue Ermäßigung vorläufig nicht gestatten. Wir glauben aber, daß mit der Einführung der Zwischenstufe nicht mehr länger gewartet werden sollte, um so weniger, als gerade jetzt die allgemein günstige Finanzlage des Reiches und besonders die sehr großen Ueberschüsse der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung eine solche Ermäßigung besonders angebracht erscheinen lassen.

— Der Konservative Verein veranstaltete vorgestern einen Vortragsabend in den „Drei Raben", der sich eines sehr lebhaften Besuches erfreute. Herr Dr. phil. Roedel aus Großenhain sprach über „Sozialistische Irrlehren" und beschäftigte sich in Sonderheit mit Marx. Marx stand auf dem Boden der materialistischen Geschichtsschreibung und war doch so wenig im Stande, die Ursachen der geschichtlichen Vorgänge zu erforschen und aus ihnen richtige Folgerungen zu ziehen, daß statt der von ihm für 1850 prophezeiten siegreichen Revolution von unten der siegreiche Staatsstreich Napoleons III. von oben kam. Seine Schrift „Das Kapital" ist in der That die Arbeiterbibel. Redner behauptete, ohne das Marx'sche „Kapital" hätten wir nicht den modernen Sozialismus. Das Fundament seines Systems seien die Lehre vom Mehrwerth und die Lehre von der industriellen Reservearmee. Diese Theorien seien aber falsch. Marx behaupte, Kapital sei der Werth, welcher in die Produktion eingeworfen wird, um Mehrwerth zu erzeugen. Das ausschließliche Mittel, um aus Werth Mehrwerth zu erzeugen, sei aber die Arbeitskraft. Der Mehrwerth entstehe allein durch die Thätigkeit des Arbeiters, welcher etwa aus dem Rohstoff Baumwolle Garn bereitet. Der Kapitalist aber zahle dem Arbeiter weniger Lohn als sein Gewinn ist und betrüge damit den Arbeiter. Diese Theorie, welche nicht einmal das geistige Eigenthum von Marx sei, sondern schon von den Simonisten, von William Thompson und Rodbertus aufgestellt wurde, habe aber den Irrthum, nicht zu unterscheiden zwischen Waare im technischen und Waare im kaufmännischen Sinne. Der Arbeiter nehme die Umformung des Rohprodukts Baumwolle in das technische Produkt Garn vor. Es bleibe noch übrig die Umformung des Objekts Garn in den Gegenstand des Handels Garn. Kein Mensch sei verpflichtet, dem Fabrikanten sein Garn zu einem bestimmten, Gewinn versprechenden Marktpreise auch abzukaufen. Der Kapitalist müsse für seine Waare erst gute Käufer suchen und dies sei mit einer Fülle von geistiger und körperlicher Arbeit verbunden. Der Kapitalist sei daher auch berechtigt, einen Theil des Mehrwerthes für sich zu beanspruchen. Es sei in ehrlicher Arbeit ehrlich verdientes Geld! Auf ebenso schwachen Füßen stehe die Theorie von der „industriellen Reservearmee". Durch immer weitere Einführung von Maschinen solle die Zahl der brotlosen Arbeiter immer größer werden, dieses Proletariat des Hungers müsse dann um jeden Preis seine Arbeitskraft verkaufen und mache es den aktiven Arbeitern unmöglich, in höhere Lohnklassen aufzusteigen. Marx habe selbst den Beweis nicht erbringen können, daß die Arbeiterzahl zurückgehe. Eine einfache Addition seiner eigenen Zahlen beweise, daß die Arbeiterzahl sich vermehrt habe. Schippel habe allerdings Zahlen aus der englischen Statistik gebracht, welche einen Rückgang aufweisen, aber nur für ganz bestimmte Industriezweige. Die dort abgegangenen Arbeiter fänden sich in anderen, vielfach ganz neu geschaffenen Industrien wieder. Redner zog aus seinen Darlegungen die vernichtende Kritik für das Marx'sche System, daß die nackte Wirklichkeit ganz andere Wege gehe, als die träumende Phantasie vorschreiben möchte. Kein Mensch könne die kommenden sozialen Gestaltungen im Voraus bestimmen. Mit dem Anwachsen des Kapitals habe sich nicht ein Anschwellen, sondern nach den Ausweisen der Armenstatistik ein Rückgang des offiziellen Pauperismus gezeigt. Von dem Fundament für sein System bleibe Marx nichts weiter übrig als ein glänzendes Trümmerstück, und das ganze Bauwerk sinke in sich zusammen. Damit sei aber dem Arbeiter, der darauf baut, der Rechtsboden unter den Füßen geschwunden. Sollten die nächsten Jahrzehnte den unerbittlichen Kampf des Proletariats gegen das Kapital bringen, so gehöre der Sieg Dem, der ihn haben will, der mit unerschütterlicher Festigkeit allen Anstürmen der Feinde Trotz biete. Gerade am 18. Januar sollte auf den Lippen eines jeden Deutschen der Schwur brennen, nie zu rasten und zu ruhen in dem Kampfe für Kaiser und Reich, für König und Vaterland. — Herr Geh. Hofrath Dr. Mehnert gab dem Danke der Versammlung für die überzeugende und vernichtende Kritik des Vorangegangenen an dem Marx'schen System lebhaften Ausdruck, dem allseitig zugestimmt wurde, so daß man eine Debatte nicht eröffnete. Herr Geh. Hofrath Dr. Mehnert schloß daher die Versammlung nach einstündigem Verlaufe mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

— Zu keinem Amtsgerichte, die nach dem Plane des Justizministeriums vom Dresdner Landgericht abgezweigt und anderen Amtsgerichten zugetheilt werden sollen, stößt dieses Werk auf so lebhaften Widerspruch, wie im Amtsgericht Döbeln. Die sämmtlichen Gemeinden des Plauenschen Grundes widerstreben auf das Aeußerste dem Ansinnen, künftig ihr Recht in dem entlegenen Freiberg und nicht in dem nahen Dresden wie bisher suchen zu sollen. Diese Stimmung wird demnächst in einer Petition an die Justizverwaltung zum Ausdruck gelangen. Auch die Bürgermeister der Städte Pirna, Königstein und Schandau, sowie von Wilsdruff, Meißen und Großenhain stehen im Wesentlichen auf dem Standpunkte, die betr. Amtsgerichte beim Dresdner Landgericht zu belassen und nicht an die Landgerichte Bautzen, Freiberg bezw. Riesa zu verweisen. Sie alle fürchten eine beträchtliche Erschwerung und Vertheuerung der Rechtshilfe.

— Zu dem Erlaß des preußischen Kriegsministers, der sich gegen den „Verband deutscher Kriegs-Veteranen" richtet, faßte die stark besuchte Versammlung der Ortsgruppe Leipzig eine Resolution, in der es heißt: „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache, welche uns im idealen Bestreben, für unsere noch leidenden Kameraden durch Petitionen bittend einzutreten, zusammengeführt hat und welche auch durch verschiedene Verhandlungen im hohen Reichstage als berechtigt anerkannt ist, hoffen wir, daß in nicht allzu ferner Zeit der Irrthum, welcher zu dem Erlaß Veranlassung gegeben hat, sich zu unseren Gunsten aufklären wird. Wir geben deshalb hierdurch der Versicherung Ausdruck, daß wir aller Beschuldigungen ungeachtet die Treue zu Kaiser, König und Reich, welche wir einst auf die Fahne beschworen, und im Kampfe mit dem Erbfeind bewiesen haben, stets unentwegt bis an unser Ende pflegen und halten werden."

— Vorvergangene Nacht ½1 Uhr fand in Meinhold's Sälen eine von der Dresdner gastwirthschaftlichen Berufskommission einberufene öffentliche Versammlung aller Angestellten im Gastwirthsgewerbe statt, zu welcher sich reichlich 300 Personen eingefunden hatten. Ein Herr Staake aus Berlin, welcher das Referat übernommen hatte, erstattete Bericht über „Die Vernehmung der Auskunftspersonen des Gastwirthsgewerbes vor der Kommission für Arbeiter-Statistik beim Reichsamt des Innern". Redner führte den Anwesenden zunächst die Entwickelung der gewerkschaftlichen Bewegung der deutschen Gastwirthsgehilfen vor Augen, ging dann des Näheren auf die kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 ein, wobei er betonte, daß der zugesicherte Arbeiterschutz sich auch auf die Gastwirthsgehilfen erstrecke unter